

19.05.89

In - Fz - 6

41 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes

A. Zielsetzung

In Gemeinden und Kreisen mit besonders hohem Mietenniveau sowie in Kommunen mit überdurchschnittlichen Mietsteigerungen soll das Wohngeld verbessert werden.

B. Lösung

Gemeinden und Kreise, deren örtliches Mietenniveau von Wohnraum der Hauptmieter unter den Wohngeldempfängern nach den Ergebnissen der Wohngeldstatistik zum 31.12.1988 um mindestens 25 v.H. über dem Bundesdurchschnitt liegt, werden ab 1.1.1990 einer zusätzlich eingerichteten Mietenstufe VI zugewiesen. Kommunen, die nach dieser Statistik aufgrund überdurchschnittlicher Mietsteigerungen die Voraussetzungen für die Einstufung in eine andere höhere Mietenstufe erfüllen, werden ebenfalls zum 1.1.1990 höher gestuft.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 30.06.89

- 2 -

D. Kosten

Das Gesetz wird ab dem Jahr der vollen Wirksamkeit (1991) zu Mehrausgaben des Bundes und der Länder in einer Größenordnung von bis zu 20 Mio DM führen.

Bundesrat

Drucksache 269/89

19.05.89

In - Fz - G

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Wohn- geldgesetzes

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (422) - 844 00 - Wo 95/89

Bonn, den 19. Mai 1989

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes
den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Fristablauf: 30.06.89

5.01

**Entwurf eines Siebenten Gesetzes
zur Änderung des Wohngeldgesetzes**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Wohngeldgesetzes

Das Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1421, 1661), das durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I.S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 Nr. 2 werden nach dem Wort "Nutzungsverhältnis" die Worte "(mietähnlich Nutzungsberechtigter)" eingefügt.
2. In § 5 Abs. 2 Nr. 2 werden die Worte "für die Fernheizung" durch die Worte "der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme und Warmwasser" ersetzt.

269/89

3. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

"(1) Bei der Gewährung des Wohngeldes wird die Miete oder Belastung insoweit nicht berücksichtigt, als sie monatlich folgende Höchstbeträge übersteigt:

		für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist								
		bis zum 31. Dezember 1965			ab 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1971		ab 1. Januar 1972 bis zum 31. Dezember 1977		ab 1. Januar 1978	
Bei einem Haushalt mit	In Ge- meinden mit Mieten der Stufe	ohne Sammel- heizung und ohne Bad oder Duschraum	mit Sammel- heizung oder mit Bad oder Duschraum	mit Sammel- heizung und mit Bad oder Duschraum	sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammel- heizung und mit Bad oder Duschraum	sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammel- heizung und mit Bad oder Duschraum	sonstiger Wohnraum	Wohnraum mit Sammel- heizung und mit Bad oder Duschraum
Deutsche Mark										
einem Allein- stehenden	I	180	220	285	245	315	260	335	265	360
	II	190	235	305	265	340	275	355	285	380
	III	205	250	320	280	360	295	380	305	405
	IV	220	265	340	295	380	310	400	320	430
	V	230	280	360	315	405	330	425	340	455
	VI	240	295	380	335	430	350	450	360	480
zwei Familien- mitgliedern	I	235	285	365	320	410	330	430	345	460
	II	250	305	390	340	435	355	460	370	495
	III	265	325	415	360	465	380	490	390	525
	IV	280	345	440	385	490	400	520	415	555
	V	295	365	465	405	520	425	550	440	590
	VI	310	385	490	425	550	450	580	465	625
drei Familien- mitgliedern	I	280	340	435	380	490	395	515	410	550
	II	295	365	465	405	520	425	550	440	590
	III	315	390	495	430	555	450	585	470	625
	IV	335	410	525	455	585	480	620	495	665
	V	355	435	555	485	620	505	655	525	700
	VI	375	460	585	515	655	530	690	555	735
vier Familien- mitgliedern	I	325	395	510	440	565	480	600	480	640
	II	345	425	545	470	605	495	640	510	685
	III	365	450	575	500	645	525	680	545	730
	IV	390	480	610	530	685	555	720	575	775
	V	410	505	645	560	720	590	760	610	815
	VI	430	530	680	590	755	625	800	645	855
fünf Familien- mitgliedern	I	370	455	580	500	645	525	680	545	730
	II	395	485	620	535	690	565	730	585	780
	III	420	515	660	570	735	600	775	620	830
	IV	445	545	695	605	780	635	820	655	880
	V	470	575	735	640	820	670	865	695	930
	VI	495	605	775	675	860	705	910	735	980
Mehrbetrag für jedes weitere Familien- mitglied	I	45	55	70	60	80	65	85	65	90
	II	50	60	75	65	85	70	90	75	95
	III	50	65	80	70	90	75	95	75	100
	IV	55	65	85	75	95	80	100	80	110
	V	55	70	90	80	100	80	105	85	115
	VI	60	75	95	85	105	85	110	90	120

- b) In Absatz 2 werden nach dem Wort "Hauptmieter" die Worte "und der vergleichbar mietähnlich Nutzungsberechtigten" eingefügt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden der Strichpunkt nach dem 1. Halbsatz durch einen Punkt und der 2. Halbsatz durch folgenden Satz ersetzt:

"Zu berücksichtigen sind nur Quadratmetermieten von Wohnraum der Hauptmieter und der vergleichbar mietähnlich Nutzungsberechtigten, die Wohngeld beziehen."
 - bb) Im neuen Satz 4 wird die Verweisung "Satz 2" durch "Satz 3" ersetzt.
- d) In Absatz 5 werden die Worte "V 15 vom Hundert und höher" durch folgende Worte ersetzt:

"V 15 vom Hundert bis niedriger als 25 vom Hundert
VI 25 vom Hundert und höher".

e) Absatz 7 wird wie folgt gefaßt:

"(7) Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre bis zum 31. März über die Durchführung dieses Gesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum. Der nächste Bericht ist bis zum 31. März 1990 zu erstatten."

4. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Zahl "500" durch die Zahl "700" ersetzt.

bb) In Nummer 21 wird das Wort "Jubiläumsgeschenke" durch das Wort "Jubiläumszuwendungen" ersetzt.

b) In Absatz 2 werden das Wort "Vierten" durch "Fünften" und die Worte "nach § 4 des Vierten Vermögensbildungsgesetzes" durch die Worte "nach § 11 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes" ersetzt.

5. § 15 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

"(1) Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens werden bei Kindern im Sinne des § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes oder für die zum Haushalt rechnenden Kinder, für die Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder eine Leistung im Sinne des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes gewährt wird, Beträge in Höhe des Kindergeldes abgesetzt."

6. § 25 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Absatz 1 a wird Absatz 1.
- b) In Absatz 2 werden die Worte "der in Absatz 1 a bezeichneten Familienmitglieder und sonstigen Personen" durch die Worte "des Antragberechtigten und der in Absatz 1 bezeichneten Personen" ersetzt.
- c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

"(4) Auf die nach den Absätzen 1 bis 3 Auskunftspflichtigen sind § 60 sowie § 65 Abs. 1 und 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden."

7. § 28 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

"(1) Das Wohngeld wird an den Antragberechtigten gezahlt (Wohngeldempfänger). Der Mietzuschuß kann mit schriftlicher Einwilligung des Antragberechtigten oder, wenn dies unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalles geboten ist, auch ohne diese Einwilligung an eine zu seinem Familienhaushalt rechnende Person oder an den Empfänger der Miete gezahlt werden. Wird der Mietzuschuß an den Empfänger der Miete gezahlt, ist der Antragberechtigte hiervon zu unterrichten."

8. § 29 Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

"Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn er nicht vor Ablauf des auf die Kenntnis von der Erhöhung der Miete oder Belastung folgenden Kalendermonats geltend gemacht wird."

9. § 30 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

"(2) Wird das Wohngeld nicht zur Bezahlung der Miete oder zur Aufbringung der Belastung verwendet, so entfällt der Anspruch auf Wohngeld unbeschadet der Sätze 2 und 3 von dem folgenden Zahlungsabschnitt an. Wird der Mietzuschuß nicht zur Bezahlung der Miete verwendet, entfällt der Wohngeldanspruch nur bis zu dem Zahlungsabschnitt, von dem an das Wohngeld von der nach Landesrecht zuständigen Stelle an den Empfänger der Miete gezahlt wird. Satz 1 gilt nicht, soweit der Wohngeldanspruch Gegenstand einer Aufrechnung, Verrechnung oder Pfändung ist oder auf einen Leistungsträger (§ 12 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch) übergegangen ist."

10. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige einzige Absatz wird Absatz 1.

b) In Absatz 1 Nr. 1 werden nach " (§ 6)" ein Komma und folgender Buchstabe c eingefügt

"c) die Einkommensermittlung (§§ 9 bis 17)".

c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

"(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Zugehörigkeit einer in der Anlage (zu § 1 Abs. 3) der Wohngeldverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Mai 1988 (BGBl. I S. 647) aufgeführten Gemeinde oder eines aufgeführten Kreises zu einer höheren Mietenstufe auf der Grundlage der Ergebnisse der Wohngeldstatistik nach § 35 zum 31. Dezember 1988 mit Wirkung vom 1. Januar 1990 festzulegen."

11. In § 38 Satz 1 wird die Verweisung "§ 8 Abs. 1 bis 3" durch "§ 8 Abs. 1 bis 6" ersetzt.

12. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeile ergänzt:

" 1240 - 1260 "

b) Folgende Spalte wird angefügt:

460
bis
480
26

400
394
387
380
374
367
360
354
347
340

334
327
320
314
307
300
293
286
279
273

266
259
252
245
238
231
224
217
209
202

195
187
180
172
165
157
150
143
137

119
111
104
97
90
83
76
69
62
55
49

41
34
28
25

13. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 1760 - 1780
1780 - 1800 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

600 bis 620	620 bis 640
33	34

526	543
520	533
513	520
507	511
501	505
494	498
488	490
482	483
476	476
469	468
463	479
457	473
450	466
444	460
438	453
431	447
425	440
419	434
412	428
406	421
400	415
393	408
387	402
381	395
374	388
368	382
362	376
355	369
349	363
343	356
336	350
330	344
324	338
317	332
311	326
304	320
298	314
292	308
285	302
279	296
272	289
266	283
260	277
253	271
246	265
240	259
233	253
226	247
219	241
212	235
205	229
198	223
191	217
184	211
177	205
170	199
163	193
156	187
149	181
142	175
134	168
127	162
120	156
113	150
106	144
99	138
91	132
84	126
77	120
69	114
62	108
55	102
48	96
41	90
34	84
27	78
20	72
13	66
6	60

- " 2180 - 2200
2200 - 2220 "

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 700
bis
720 | 720
bis
740 |
| 37 | 38 |

700 bis 720	720 bis 740
37	38

[illegible]

75	10	106	10
74	9	99	9
73	8	98	8
72	7	97	7
71	6	96	6
70	5	95	5
69	4	94	4
68	3	93	3
67	2	92	2
66	1	91	1
65	0	90	0
64	9	89	9
63	8	88	8
62	7	87	7
61	6	86	6
60	5	85	5
59	4	84	4
58	3	83	3
57	2	82	2
56	1	81	1
55	0	80	0
54	9	79	9
53	8	78	8
52	7	77	7
51	6	76	6
50	5	75	5
49	4	74	4
48	3	73	3
47	2	72	2
46	1	71	1
45	0	70	0
44	9	69	9
43	8	68	8
42	7	67	7
41	6	66	6
40	5	65	5
39	4	64	4
38	3	63	3
37	2	62	2
36	1	61	1
35	0	60	0
34	9	59	9
33	8	58	8
32	7	57	7
31	6	56	6
30	5	55	5
29	4	54	4
28	3	53	3
27	2	52	2
26	1	51	1
25	0	50	0
24	9	49	9
23	8	48	8
22	7	47	7
21	6	46	6
20	5	45	5
19	4	44	4
18	3	43	3
17	2	42	2
16	1	41	1
15	0	40	0
14	9	39	9
13	8	38	8
12	7	37	7
11	6	36	6
10	5	35	5
9	4	34	4
8	3	33	3
7	2	32	2
6	1	31	1
5	0	30	0
4	9	29	9
3	8	28	8
2	7	27	7
1	6	26	6
0	5	25	5
9	4	24	4
8	3	23	3
7	2	22	2
6	1	21	1
5	0	20	0
4	9	19	9
3	8	18	8
2	7	17	7
1	6	16	6
0	5	15	5
9	4	14	4
8	3	13	3
7	2	12	2
6	1	11	1
5	0	10	0
4	9	9	9
3	8	8	8
2	7	7	7
1	6	6	6
0	5	5	5
9	4	4	4
8	3	3	3
7	2	2	2
6	1	1	1
5	0	0	0

15. Die Anlage 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 2860 - 2880
2880 - 2900 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

820 bis 840	840 bis 860
42	43

820 bis 840	840 bis 860
42	43

713
707
701
695
689
683
677
671
665
659

652
646
640
635
629
624
618
613
608
602

596
591
585
580
575
570
565
560
555
550
545
540
535
530
525
520
515
510
505
500
495
490
485
480
475
470
465
460
455
450
445
440
435
430
425
420
415
410
405
400
395
390
385
380
375
370
365
360
355
350
345
340
335
330
325
320
315
310
305
300
295
290
285
280
275
270
265
260
255
250
245
240
235
230
225
220
215
210
205
200
195
190
185
180
175
170
165
160
155
150
145
140
135
130
125
120
115
110
105
100
95
90
85
80
75
70
65
60
55
50
45
40
35
30
25
20
15
10
5
0

731
725
719
713
707
701
694
688
682
676

669
663
657
651
645
640
634
628
622
616
610
604
598
592
586
580
574
568
562

556
550
544
538
532
526
520
514
508
502
496
490
484
478
472
466
460
454
448
442
436
430
424
418
412
406
400
394
388
382
376
370
364
358
352
346
340
334
328
322
316
310
304
298
292
286
280
274
268
262
256
250
244
238
232
226
220
214
208
202
196
190
184
178
172
166
160
154
148
142
136
130
124
118
112
106
100
94
88
82
76
70
64
58
52
46
40
34
28
22
16
10
4
0

265
260
255
250
245
240
235
230
225
220
215

210
205
200
195
190
185
180
175
170
165

160
155
150
145
140
135
130
125
120
115
110
105
100
95
90
85
80
75
70
65

59
54
49
44
39
34

275
270
265
260
255
250
245
240
235
230
225
220
215
210
205
200
195
190
185
180
175
170
165

160
155
150
145
140
135
130
125
120
115
110
105
100
95
90
85
80
75
70
65
60
55
50
45
40
35
30
25
20
15
10
5
0

- " 3260 - 3280
3280 - 3300"

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 940
bis
960 | 960
bis
980 |
| 48 | 49 |

940 bis 960	960 bis 980
48	49

813	753	697	641	585	529	473	417
807	747	691	636	579	523	467	411
801	741	686	630	573	517	461	405
795	735	680	624	567	511	455	400
789	729	675	619	561	505	449	394
783	723	669	613	555	500	443	388
776	716	663	608	549	494	437	382
770	710	658	602	543	488	431	376
764	704	652	596	537	482	425	370
758	702	647	591	531	476	419	364
							358
							352
							346
							340
							334
							328
							322
							316
							310
							304
							298
							292
							286
							280
							274
							268
							262
							256
							250
							244
							238
							232
							226
							220
							214
							208
							202
							196
							190
							184
							178
							172
							166
							160
							154
							148
							142
							136
							130
							124
							118
							112
							106
							100
							94
							88
							82
							76
							70
							64
							58
							52
							46
							40
							34
							28
							22
							16
							10
							4

17. Die Anlage 6 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 3640 - 3660
3660 - 3680 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

1060 bis 1080	1080 bis 1100
54	55

1060 bis 1080	1080 bis 1100
54	55

918	935
912	930
907	924
901	918
896	913
890	907
885	902
879	896
874	891
868	885
862	879
857	874
851	868
846	863
840	857
835	852
829	846
823	840
818	834
812	828
807	823
801	817
796	811
790	805
784	800
778	794
773	788
767	782
761	777
756	771
750	765
744	759
739	754
733	748
727	742
721	736
716	730
710	724
704	719
698	713
693	707
687	701
681	695
675	689
669	683
664	677
658	672
652	666
646	660
640	654
634	648
628	642
623	636
617	630
611	624
605	618
599	612
593	606
587	600
581	594
575	588
569	582
563	576
557	570
552	564
546	558
540	552
534	546
528	540
522	534
516	527
509	521
503	515
497	509
491	503
485	497
479	491
473	485
467	479
462	472

456	467
450	461
444	455
438	449
432	444
426	438
420	432
414	426
408	420
402	414
396	408
390	402
384	396
378	390
372	384
366	378
360	372
354	366
348	360
342	354
336	348
330	342
324	336
318	330
312	324
306	318
300	312
294	306
288	300
282	294
276	288
270	282
264	276
258	270
252	264
246	258
240	252
234	246
228	240
222	234
216	228
210	222
204	216
198	210
192	204
186	198
180	192
174	186
168	180
162	174
156	168
150	162
144	156
138	150
132	144
126	138
120	132
114	126
108	120
102	114
96	108
90	102
84	96
78	90
72	84
66	78
60	72
54	66
48	60
42	54
36	48
30	42
24	36
18	30
12	24
6	18
0	12

18. Die Anlage 7 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 4000 - 4020

4020 - 4040 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

1160 bis 1180	1180 bis 1200	1200 bis 1220
56	57	58

1160 bis 1180	1180 bis 1200	1200 bis 1220
56	57	58

1160 bis 1180	1180 bis 1200	1200 bis 1220
56	57	58

1013
1008
1002
997
992
986
981
976
971
965

960
954
949
944
938
933
927
922
916
911

905
900
894
889
883
878
872
866
861
855

850
844
838
833
827
821
815
810
804
798

792
786
781
775
769
763
757
751
745
739

734
728
722
716
710
704
698
692
686
680
674
668
662
656
650
644
638
632
626
620
614
608
602
596
590
584
578
572
566
560
554
548
542
536
530
524
518
512
506
500
494
488
482
476
470
464
458
452
446
440
434
428
422
416
410
404
398
392
386
380
374
368
362
356
350
344
338
332
326
320
314
308
302
296
290
284
278
272
266
260
254
248
242
236
230
224
218
212
206
200
194
188
182
176
170
164
158
152
146
140
134
128
122
116
110
104
98
92
86
80
74
68
62
56
50
44
38
32
26
20
14
8
2

0330
0230
0130
0030
9930
9830
9730
9630
9530
9430
9330
9230
9130
9030
8930
8830
8730
8630
8530
8430
8330
8230
8130
8030
7930
7830
7730
7630
7530
7430
7330
7230
7130
7030
6930
6830
6730
6630
6530
6430
6330
6230
6130
6030
5930
5830
5730
5630
5530
5430
5330
5230
5130
5030
4930
4830
4730
4630
4530
4430
4330
4230
4130
4030
3930
3830
3730
3630
3530
3430
3330
3230
3130
3030
2930
2830
2730
2630
2530
2430
2330
2230
2130
2030
1930
1830
1730
1630
1530
1430
1330
1230
1130
1030
930
830
730
630
530
430
330
230
130
30
0

0448
0443
0438
0433
0428
0423
0418
0413
0408
0403
0398
0393
0388
0383
0378
0373
0368
0363
0358
0353
0348
0343
0338
0333
0328
0323
0318
0313
0308
0303
0298
0293
0288
0283
0278
0273
0268
0263
0258
0253
0248
0243
0238
0233
0228
0223
0218
0213
0208
0203
0198
0193
0188
0183
0178
0173
0168
0163
0158
0153
0148
0143
0138
0133
0128
0123
0118
0113
0108
0103
0098
0093
0088
0083
0078
0073
0068
0063
0058
0053
0048
0043
0038
0033
0028
0023
0018
0013
0008
0003
9998
9993
9988
9983
9978
9973
9968
9963
9958
9953
9948
9943
9938
9933
9928
9923
9918
9913
9908
9903
9898
9893
9888
9883
9878
9873
9868
9863
9858
9853
9848
9843
9838
9833
9828
9823
9818
9813
9808
9803
9798
9793
9788
9783
9778
9773
9768
9763
9758
9753
9748
9743
9738
9733
9728
9723
9718
9713
9708
9703
9698
9693
9688
9683
9678
9673
9668
9663
9658
9653
9648
9643
9638
9633
9628
9623
9618
9613
9608
9603
9598
9593
9588
9583
9578
9573
9568
9563
9558
9553
9548
9543
9538
9533
9528
9523
9518
9513
9508
9503
9498
9493
9488
9483
9478
9473
9468
9463
9458
9453
9448
9443
9438
9433
9428
9423
9418
9413
9408
9403
9398
9393
9388
9383
9378
9373
9368
9363
9358
9353
9348
9343
9338
9333
9328
9323
9318
9313
9308
9303
9298
9293
9288
9283
9278
9273
9268
9263
9258
9253
9248
9243
9238
9233
9228
9223
9218
9213
9208
9203
9198
9193
9188
9183
9178
9173
9168
9163
9158
9153
9148
9143
9138
9133
9128
9123
9118
9113
9108
9103
9098
9093
9088
9083
9078
9073
9068
9063
9058
9053
9048
9043
9038
9033
9028
9023
9018
9013
9008
9003
8998
8993
8988
8983
8978
8973
8968
8963
8958
8953
8948
8943
8938
8933
8928
8923
8918
8913
8908
8903
8898
8893
8888
8883
8878
8873
8868
8863
8858
8853
8848
8843
8838
8833
8828
8823
8818
8813
8808
8803
8798
8793
8788
8783
8778
8773
8768
8763
8758
8753
8748
8743
8738
8733
8728
8723
8718
8713
8708
8703
8698
8693
8688
8683
8678
8673
8668
8663
8658
8653
8648
8643
8638
8633
8628
8623
8618
8613
8608
8603
8598
8593
8588
8583
8578
8573
8568
8563
8558
8553
8548
8543
8538
8533
8528
8523
8518
8513
8508
8503
8498
8493
8488
8483
8478
8473
8468
8463
8458
8453
8448
8443
8438
8433
8428
8423
8418
8413
8408
8403
8398
8393
8388
8383
8378
8373
8368
8363
8358
8353
8348
8343
8338
8333
8328
8323
8318
8313
8308
8303
8298
8293
8288
8283
8278
8273
8268
8263
8258
8253
8248
8243
8238
8233
8228
8223
8218
8213
8208
8203
8198
8193
8188
8183
8178
8173
8168
8163
8158
8153
8148
8143
8138
8133
8128
8123
8118
8113
8108
8103
8098
8093
8088
8083
8078
8073
8068
8063
8058
8053
8048
8043
8038
8033
8028
8023
8018
8013
8008
8003
7998
7993
7988
7983
7978
7973
7968
7963
7958
7953
7948
7943
7938
7933
7928
7923
7918
7913
7908
7903
7898
7893
7888
7883
7878
7873
7868
7863
7858
7853
7848
7843
7838
7833
7828
7823
7818
7813
7808
7803
7798
7793
7788
7783
7778
7773
7768
7763
7758
7753
7748
7743
7738
7733
7728
7723
7718
7713
7708
7703
7698
7693
7688
7683
7678
7673
7668
7663
7658
7653
7648
7643
7638
7633
7628
7623
7618
7613
7608
7603
7598
7593
7588
7583
7578
7573
7568
7563
7558
7553
7548
7543
7538
7533
7528
7523
7518
7513
7508
7503
7498
7493
7488
7483
7478
7473
7468
7463
7458
7453
7448
7443
7438
7433
7428
7423
7418
7413
7408
7403
7398
7393
7388
7383
7378
7373
7368
7363
7358
7353
7348
7343
7338
7333
7328
7323
7318
7313
7308
7303
7298
7293
7288
7283
7278
7273
7268
7263
7258
7253
7248
7243
7238
7233
7228
7223
7218
7213
7208
7203
7198
7193
7188
7183
7178
7173
7168
7163
7158
7153
7148
7143
7138
7133
7128
7123
7118
7113
7108
7103
7098
7093
7088
7083
7078
7073
7068
7063
7058
7053
7048
7043
7038
7033
7028
7023
7018
7013
7008
7003
6998
6993
6988
6983
6978
6973
6968
6963
6958
6953
6948
6943
6938
6933
6928
6923
6918
6913
6908
6903
6898
6893
6888
6883
6878
6873
6868
6863
6858
6853
6848
6843
6838
6833
6828
6823
6818
6813
6808
6803
6798
6793
6788
6783
6778
6773
6768
6763
6758
6753
6748
6743
6738
6733
6728
6723
6718
6713
6708
6703
6698
6693
6688
6683
6678
6673
6668
6663
6658
6653
6648
6643
6638
6633
6628
6623
6618
6613
6608
6603
6598
6593
6588
6583
6578
6573
6568
6563
6558
6553
6548
6543
6538
6533
6528
6523
6518
6513
6508
6503
6498
6493
6488
6483
6478
6473
6468
6463
6458
6453
6448
6443
6438
6433
6428
6423
6418
6413
6408
6403
6398
6393
6388
6383
6378
6373
6368
6363
6358
6353
6348
6343
6338
6333
6328
6323
6318
6313
6308
6303
6298
6293
6288
6283
6278
6273
6268
6263
6258
6253
6248
6243
6238
6233
6228
6223
6218
6213
6208
6203
6198
6193
6188
6183
6178
6173
6168
6163
6158
6153
6148
6143
6138
6133
6128
6123
6118
6113
6108
6103
6098
6093
6088
6083
6078
6073
6068
6063
6058
6053
6048
6043
6038
6033
6028
6023
6018
6013
6008
6003
5998
5993
5988
5983
5978
5973
5968
5963
5958
5953
5948
5943
5938
5933
5928
5923
5918
5913
5908
5903
5898
5893
5888
5883
5878
5873
5868
5863
5858
5853
5848
5843
5838
5833
5828
5823
5818
5813
5808
5803
5798
5793
5788
5783
5778
5773
5768
5763
5758
5753
5748
5743
5738
5733
5728
5723
5718
5713
5708
5703
5698
5693
5688
5683
5678
5673
5668
5663
5658
5653
5648
5643
5638
5633
5628
5623
5618
5613
5608
5603
5598
5593
5588
5583
5578
5573
5568
5563
5558
5553
5548
5543
5538
5533
5528
5523
5518
5513
5508
5503
5498
5493
5488
5483
5478
5473
5468
5463
5458
5453
5448
5443
5438
5433
5428
5423
5418
5413
5408
5403
5398
5393
5388
5383
5378
5373
5368
5363
5358
5353
5348
5343
5338
5333
5328
5323
5318
5313
5308
5303
5298
5293
5288
5283
5278
5273
5268
5263
5258
5253
5248
5243
5238
5233
5228
5223
5218
5213
5208
5203
5198
5193
5188
5183
5178
5173
5168
5163
5158
5153
5148
5143
5138
5133
5128
5123
5118
5113
5108
5103
5098
5093
5088
5083
5078
5073
5068
5063
5058
5053
5048
5043
5038
5033
5028
5023
5018
5013
5008
5003
4998
4993
4988
4983
4978
4973
4968
4963
4958
4953
4948
4943
4938
4933
4928
4923
4918
4913
4908
4903
4898
4893
4888
4883
4878
4873
4868
4863
4858
4853
4848
4843
4838
4833
4828
4823
4818
4813
4808
4803
4798
4793
4788
4783
4778
4773
4768
4763
4758
4753
4748
4743
4738
4733
4728
4723
4718
4713
4708
4703
4698
4693
4688
4683
4678
4673
4668
4663
4658
4653
4648
4643
4638
4633
4628
4623
4618
4613
4608
4603
4598
4593
4588
4583
4578
4573
4568
4563
4558
4553
4548
4543
4538
4533
4528
4523
4518
4513
4508
4503
4498
4493
4488
4483
4478
4473
4468
4463
4458
4453
4448
4443
4438
4433
4428
4423
4418
4413
4408
4403
4398
4393
4388
4383
4378
4373
4368
4363
4358
4353
4348
4343
4338
4333
4328
4323
4318
4313
4308
4303
4298
4293
4288
4283
4278
4273
4268
4263
4258
4253
4248
4243
4238
4233
4228
4223
4218
4213
4208
4203
4198
4193
4188
4183
4178
4173
4168
4163
4158
4153
4148
4143
4138
4133
4128
4123
4118
4113
4108
4103
4098
4093
4088
4083
4078
4073
4068
4063
4058
4053
4048
4043
4038
4033
4028
4023
4018
4013
4008
4003
3998
3993
3988
3983
3978
3973
3968
3963
3958
3953
3948
3943
3938
3933
3928
3923
3918
3913
3908
3903
3898
3893
3888
3883
3878
3873
3868
3863
3858
3853
3848
3843
3838
3833
3828
3823
3818
3813
3808
3803
3798
3793
3788
3783
3778
3773
3768
3763
3758
3753
3748
3743
3738
3733
3728
3723
3718
3713
3708
3703
3698
3693
3688
3683
3678
3673
3668
3663
3658
3653
3648
3643
3638
3633
3628
3623
3618
3613
3608
3603
3598
3593
3588
3583
3578
3573
3568
3563
3558
3553
3548
3543
3538
3533
3528
3523
3518
3513
3508
3503
3498
3493
3488
3483
3478
3473
3468
3463
3458
3453
3448
3443
3438
3433
3428
3423
3418
3413
3408
3403
3398
3393
3388
3383
3378
3373
3368
3363
3358
3353
3348
3343
3338
3333
3328
3323
3318
3313
3308
3303
3298
3293
3288
3283
3278
3273
3268
3263
3258
3253
3248
3243
3238
3233
3228
3223
3218
3213
3208
3203
3198
3193
3188
3183
3178
3173
3168
3163
3158
3153
3148
3143
3138
3133
3128
3123
3118
3113
3108
3103
3098
3093
3088
3083
3078
3073
3068
3063
3058
3053
3048
3043
3038
3033
3028
3023
3018
3013
3008
3003
2998
2993
2988
2983
2978
2973
2968
2963
2958
2953
2948
2943
2938
2933
2928
2923
2918
2913
2908
2903
2898
2893
2888
2883
2878
2873
2868
2863
2858
2853
2848
2843
2838
2833
2828
2823
2818
2813
2808
2803
2798
2793
2788
2783
2778
2773
2768
2763
2758
2753
2748
2743
2738
2733
2728
2723
2718
2713
2708
2703
2698
2693
2688
2683
2678
2673
2668
2663
2658
2653
2648
2643
2638
2633
2628
2623
2618
2613
2608
2603
2598
2593
2588
2583
2578
2573
2568
2563
2558
2553
2548
2543
2538
2533
2528
2523
2518
2513
2508
2503
2498
2493
2488
2483
2478
2473
2468
2463
2458
2453
2448
2443
2438
2433
2428
2423
2418
2413
2408
2403
2398
2393
2388
2383
2378
2373
2368
2363
2358
2353
2348
2343
2338
2333
2328
2323
2318
2313
2308
2303
2298
2293
2288
2283
2278
2273
2268
2263
2258
2253
2248
2243
2238
2233
2228
2223
2218
2213
2208
2203
2198
2193
2188
2183
2178
2173
2168
2163
2158
2153
2148
2143
2138
2133
2128
2123
2118
2113
2108
2103
2098
2093
2088
2083
2078
2073
2068
2063
2058
2053
2048
2043
2038
2033
2028
20

19. Die Anlage 8 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 4320 - 4340

4340 - 4360 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

1280 bis 1300	1300 bis 1320	1320 bis 1340
62	63	64

1280 bis 1300	1300 bis 1320	1320 bis 1340
62	63	64

1280 bis 1300	1300 bis 1320	1320 bis 1340
62	63	64

1133	1150	1168
1134	1151	1169
1135	1152	1170
1136	1153	1171
1137	1154	1172
1138	1155	1173
1139	1156	1174
1140	1157	1175
1141	1158	1176
1142	1159	1177
1143	1160	1178
1144	1161	1179
1145	1162	1180
1146	1163	1181
1147	1164	1182
1148	1165	1183
1149	1166	1184
1150	1167	1185
1151	1168	1186
1152	1169	1187
1153	1170	1188
1154	1171	1189
1155	1172	1190
1156	1173	1191
1157	1174	1192
1158	1175	1193
1159	1176	1194
1160	1177	1195
1161	1178	1196
1162	1179	1197
1163	1180	1198
1164	1181	1199
1165	1182	1200
1166	1183	1201
1167	1184	1202
1168	1185	1203
1169	1186	1204
1170	1187	1205
1171	1188	1206
1172	1189	1207
1173	1190	1208
1174	1191	1209
1175	1192	1210
1176	1193	1211
1177	1194	1212
1178	1195	1213
1179	1196	1214
1180	1197	1215
1181	1198	1216
1182	1199	1217
1183	1200	1218
1184	1201	1219
1185	1202	1220
1186	1203	1221
1187	1204	1222
1188	1205	1223
1189	1206	1224
1190	1207	1225
1191	1208	1226
1192	1209	1227
1193	1210	1228
1194	1211	1229
1195	1212	1230
1196	1213	1231
1197	1214	1232
1198	1215	1233
1199	1216	1234
1200	1217	1235
1201	1218	1236
1202	1219	1237
1203	1220	1238
1204	1221	1239
1205	1222	1240
1206	1223	1241
1207	1224	1242
1208	1225	1243
1209	1226	1244
1210	1227	1245
1211	1228	1246
1212	1229	1247
1213	1230	1248
1214	1231	1249
1215	1232	1250
1216	1233	1251
1217	1234	1252
1218	1235	1253
1219	1236	1254
1220	1237	1255
1221	1238	1256
1222	1239	1257
1223	1240	1258
1224	1241	1259
1225	1242	1260
1226	1243	1261
1227	1244	1262
1228	1245	1263
1229	1246	1264
1230	1247	1265
1231	1248	1266
1232	1249	1267
1233	1250	1268
1234	1251	1269
1235	1252	1270
1236	1253	1271
1237	1254	1272
1238	1255	1273
1239	1256	1274
1240	1257	1275
1241	1258	1276
1242	1259	1277
1243	1260	1278
1244	1261	1279
1245	1262	1280
1246	1263	1281
1247	1264	1282
1248	1265	1283
1249	1266	1284
1250	1267	1285
1251	1268	1286
1252	1269	1287
1253	1270	1288
1254	1271	1289
1255	1272	1290
1256	1273	1291
1257	1274	1292
1258	1275	1293
1259	1276	1294
1260	1277	1295
1261	1278	1296
1262	1279	1297
1263	1280	1298
1264	1281	1299
1265	1282	1300
1266	1283	1301
1267	1284	1302
1268	1285	1303
1269	1286	1304
1270	1287	1305
1271	1288	1306
1272	1289	1307
1273	1290	1308
1274	1291	1309
1275	1292	1310
1276	1293	1311
1277	1294	1312
1278	1295	1313
1279	1296	1314
1280	1297	1315
1281	1298	1316
1282	1299	1317
1283	1300	1318
1284	1301	1319
1285	1302	1320
1286	1303	1321
1287	1304	1322
1288	1305	1323
1289	1306	1324
1290	1307	1325
1291	1308	1326
1292	1309	1327
1293	1310	1328
1294	1311	1329
1295	1312	1330
1296	1313	1331
1297	1314	1332
1298	1315	1333
1299	1316	1334
1300	1317	1335
1301	1318	1336
1302	1319	1337
1303	1320	1338
1304	1321	1339
1305	1322	1340
1306	1323	1341
1307	1324	1342
1308	1325	1343
1309	1326	1344
1310	1327	1345
1311	1328	1346
1312	1329	1347
1313	1330	1348
1314	1331	1349
1315	1332	1350
1316	1333	1351
1317	1334	1352
1318	1335	1353
1319	1336	1354
1320	1337	1355
1321	1338	1356
1322	1339	1357
1323	1340	1358
1324	1341	1359
1325	1342	1360
1326	1343	1361
1327	1344	1362
1328	1345	1363
1329	1346	1364
1330	1347	1365
1331	1348	1366
1332	1349	1367
1333	1350	1368
1334	1351	1369
1335	1352	1370
1336	1353	1371
1337	1354	1372
1338	1355	1373
1339	1356	1374
1340	1357	1375
1341	1358	1376
1342	1359	1377
1343	1360	1378
1344	1361	1379
1345	1362	1380
1346	1363	1381
1347	1364	1382
1348	1365	1383
1349	1366	1384
1350	1367	1385
1351	1368	1386
1352	1369	1387
1353	1370	1388
1354	1371	1389
1355	1372	1390
1356	1373	1391
1357	1374	1392
1358	1375	1393
1359	1376	1394
1360	1377	1395
1361	1378	1396
1362	1379	1397
1363	1380	1398
1364	1381	1399
1365	1382	1400
1366	1383	1401
1367	1384	1402
1368	1385	1403
1369	1386	1404
1370	1387	1405
1371	1388	1406
1372	1389	1407
1373	1390	1408
1374	1391	1409
1375	1392	1410
1376	1393	1411
1377	1394	1412
1378	1395	1413
1379	1396	1414
1380	1397	1415
1381	1398	1416
1382	1399	1417
1383	1400	1418
1384	1401	1419
1385	1402	1420
1386	1403	1421
1387	1404	1422
1388	1405	1423
1389	1406	1424
1390	1407	1425
1391	1408	1426
1392	1409	1427
1393	1410	1428
1394	1411	1429
1395	1412	1430
1396	1413	1431
1397	1414	1432
1398	1415	1433
1399	1416	1434
1400	1417	1435
1401	1418	1436
1402	1419	1437
1403	1420	1438
1404	1421	1439
1405	1422	1440
1406	1423	1441
1407	1424	1442
1408	1425	1443
1409	1426	1444
1410	1427	1445
1411	1428	1446
1412	1429	1447
1413	1430	1448
1414	1431	1449
1415	1432	1450
1416	1433	1451
1417	1434	1452
1418	1435	1453
1419	1436	1454
1420	1437	1455
1421	1438	1456
1422	1439	1457
1423	1440	1458
1424	1441	1459
1425	1442	1460
1426	1443	1461
1427	1444	1462
1428	1445	1463
1429	1446	1464
1430	1447	1465
1431	1448	1466
1432	1449	1467
1433	1450	1468
1434	1451	1469
1435	1452	1470
1436	1453	1471
1437	1454	1472
1438	1455	1473
1439	1456	1474
1440	1457	1475
1441	1458	1476
1442	1459	1477
1443	1460	1478
1444	1461	1479
1445	1462	1480
1446	1463	1481
1447	1464	1482
1448	1465	1483
1449	1466	1484
1450	1467	1485
1451	1468	1486
1452	1469	1487
1453	1470	1488
1454	1471	1489
1455	1472	1490
1456	1473	1491
1457	1474	1492
1458	1475	1493
1459	1476	1494
1460	1477	1495
1461	1478	1496
1462	1479	1497
1463	1480	1498
1464	1481	1499
1465	1482	1500
1466	1483	1501
1467	1484	1502
1468	1485	1503
1469	1486	1504
1470	1487	1505
1471	1488	1506
1472	1489	1507
1473	1490	1508
1474	1491	1509
1475	1492	1510
1476	1493	1511
1477	1494	1512
1478	1495	1513
1479	1496	1514
1480	1497	1515
1481	1498	1516
1482	1499	1517
1483	1500	1518
1484	1501	1519
1485	1502	1520
1486	1503	1521
1487	1504	1522
1488	1505	1523
1489	1506	1524
1490	1507	1525
1491	1508	1526
1492	1509	1527
1493	1510	1528
1494	1511	1529
1495	1512	1530
1496	1513	1531
1497	1514	1532
1498	1515	

20. Die Anlage 9 wird wie folgt geändert:

a) Die Vorspalte wird um folgende Zeilen ergänzt:

" 4680 - 4700 "

b) Folgende Spalten werden angefügt:

1400 bis 1420	1420 bis 1440	1440 bis 1460
67	68	69

1400 bis 1420	1420 bis 1440	1440 bis 1460
67	68	69

1400 bis 1420	1420 bis 1440	1440 bis 1460
67	68	69

1252
1247
1243
1238
1233
1228
1224
1219
1214
1209

1269
1265
1260
1255
1250
1246
1241
1236
1231
1226

1287
1282
1277
1273
1268
1263
1258
1253
1248
1243

1204
1199
1195
1190
1185
1180
1175
1170
1165
1160

1154
1149
1144
1139
1134
1129
1124
1119
1114
1108

1102
1097
1092
1086
1081
1075
1070
1065
1059
1053

1048
1042
1037
1031
1026
1020
1014
1008
1003
997

991
985
980
974
968
962
956
950
944
938

932
926
920
914
908
902
896
890
883
877

871
865
859
852
846
840
833
827
820
814

807
801
795
788
781
775
768
762
755
748

820
813
807
800
793
787
780
774
767
760

832
826
819
812
806
799
792
785
779
772

742
735
728
721
715
708
701
694
687
681

753
747
740
733
726
719
712
705
699
692

765
758
751
744
738
731
724
717
710
703

674
667
660
653
646
639

628
621
615
608
603
597
591
584
578
572

566
559
553
546
540
533
527
520
514
508
502
496
489
483
477
471
465
459
453

439
433
426
420
413
407
400
394
387
381

374
368
361
354
348
341
335
328
321
315

308
302
295
288
282
275
268
262
255
248
241
235
228
221
214
208
201
194
187
180

314
308
301
294
287
281
274
267
260
254

320
314
307
300
293
286
279
272
266
259

241
235
228
221
214
208
201
194
187
180

247
240
233
226
219
212
205
198
191
185

252
245
238
231
224
218
211
204
197
190

173
167
160
153
146
139
132
125
118
112

105
98
91
84
77
70
63
56
49
42
35

109
102
95
87
80
73
66
59
52
45
38

112
105
98
91
84
77
70
63
56
49
42
35

21. Die Anlage 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden

aa) die Vorspalte um folgende Zeilen ergänzt:

"5080 - 5100
5100 - 5120"

und

bb) die Spalte 73 durch folgende Spalten 73 bis 76 ersetzt:

1520 bis 1540	1540 bis 1560	1560 bis 1580	Stei- gerungs- betrag.
73	74	75	76

1373 1391 1408 18
 1369 1386 1404 18
 1364 1382 1399 17
 1360 1378 1395 17
 1356 1373 1390 17
 1351 1369 1386 17
 1347 1364 1381 17
 1342 1360 1377 17
 1338 1355 1372 17
 1333 1350 1367 17

1329 1346 1363 17
 1324 1341 1358 17
 1320 1337 1353 17
 1315 1332 1349 17
 1310 1327 1344 17
 1306 1322 1339 17
 1301 1318 1334 17
 1296 1313 1330 17
 1292 1308 1325 17
 1287 1303 1320 16

1282 1299 1315 16
 1277 1294 1310 16
 1272 1289 1305 16
 1268 1284 1300 16
 1263 1279 1295 16
 1258 1274 1290 16
 1253 1269 1285 16
 1248 1264 1280 16
 1243 1259 1275 16
 1238 1254 1270 16

1233 1249 1265 16
 1228 1244 1260 16
 1223 1239 1255 16
 1218 1234 1249 16
 1213 1229 1244 16
 1208 1223 1239 16
 1203 1218 1234 15
 1198 1213 1228 15
 1192 1208 1223 15
 1187 1203 1218 15

1182 1197 1212 15
 1177 1192 1207 15
 1171 1187 1202 15
 1166 1181 1196 15
 1161 1176 1191 15
 1156 1171 1185 15
 1150 1165 1180 15
 1145 1160 1175 15
 1139 1154 1169 15
 1134 1149 1163 15

1520 bis 1540	1540 bis 1560	1560 bis 1580	Stei- gerungs- betrag.
73	74	75	76

1129 1143 1158 15
 1123 1138 1152 15
 1118 1132 1147 15
 1112 1127 1141 14
 1107 1121 1135 14
 1101 1115 1130 14
 1095 1110 1124 14
 1090 1104 1118 14
 1084 1100 1113 14
 1079 1093 1107 14

1073 1087 1101 14
 1067 1081 1095 14
 1061 1075 1089 14
 1056 1070 1084 14
 1050 1064 1078 14
 1044 1058 1072 14
 1038 1052 1066 14
 1033 1046 1060 14
 1027 1040 1054 14
 1021 1034 1048 14

1015 1028 1042 13
 1009 1022 1036 13
 1003 1016 1030 13
 997 1010 1024 13
 991 1004 1018 13
 985 1000 1011 13
 979 992 1005 13
 973 986 999 13
 967 980 993 13
 961 974 987 13

955 968 981 13
 949 961 974 13
 942 955 968 13
 936 949 962 13
 930 943 955 13
 924 936 949 13
 918 930 943 13
 911 924 936 12
 905 917 930 12
 899 911 923 12

892 905 917 12
 886 898 910 12
 880 892 904 12
 873 885 897 12
 867 879 891 12
 860 872 884 12
 854 866 878 12
 847 859 871 12
 841 853 864 12
 834 846 858 12

828 839 851 12
 821 833 844 12
 814 826 838 12
 808 819 831 12
 801 813 824 11
 794 806 817 11
 788 799 810 11

1520 bis 1540	1540 bis 1560	1560 bis 1580	Stei- gerungs- betrag
73	74	75	76

781	792	804	11
774	785	797	11
767	779	790	11
761	772	783	11
754	765	776	11
747	758	769	10
741	751	762	10
734	745	755	10
728	738	749	10
722	732	742	10
716	726	736	10
709	719	729	10
703	713	723	10
697	707	716	10
690	700	710	10
684	694	703	10
678	687	697	10
671	681	690	10
665	674	684	10
658	668	677	10
652	661	671	9
645	655	664	9
639	648	658	9
632	642	651	9
626	635	644	9
619	629	638	9
613	622	631	9
606	615	624	9
600	609	618	9
593	602	611	9
587	595	604	9
580	589	598	9
573	582	591	9
567	575	584	9
560	569	577	9
554	562	571	9
547	555	564	8
540	549	557	8
533	542	550	8
527	535	543	8
520	528	536	8
513	521	530	8
507	515	523	8
500	508	516	8
493	501	509	8
486	494	502	8
479	487	495	8
472	480	488	8
466	473	481	8
459	466	474	8
452	459	467	8
445	453	460	8
438	446	453	7
431	439	446	7
424	432	439	7
417	425	432	7
410	418	425	7
403	411	418	7
396	403	411	7
389	396	403	7
382	389	396	7
375	382	389	7
368	375	382	7
361	368	375	7
354	361	368	7
347	354	360	7
340	347	353	7
333	339	346	7
326	332	339	6
319	325	331	6

1520 bis 1540	1540 bis 1560	1560 bis 1580	Stei- gerungs- betrag
73	74	75	76

311	318	324	6
304	311	317	6
297	303	309	6
290	296	302	6
283	289	295	6
275	281	287	6
268	274	280	6
261	267	273	6
254	259	265	6
246	252	258	6
239	245	250	6
232	237	243	6
224	230	235	6
217	223	228	6
210	215	221	5
202	208	213	5
195	200	206	5
187	193	198	5
180	185	190	5
173	178	183	5
165	170	175	5
158	163	168	5
150	155	160	5
143	148	152	5
135	140	145	5
128	132	137	5
120	125	130	5
113	117	122	5
105	110	114	5
97	102	106	4
90	94	99	4
82	87	91	4
75	79	83	4
67	71	76	4
59	64	68	4
52	56	60	4
44	48	52	4
36	40	44	4

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

"(2) Bei einem Haushalt mit mehr als zehn Familienmitgliedern gilt Absatz 1 entsprechend mit folgenden Maßgaben:

1. Es ist von einem monatlichen Familieneinkommen auszugehen, das sich für das elfte und jedes weitere Familienmitglied um je 350 Deutsche Mark ermäßigt.
2. Bei einer nach § 8 Abs. 1 zu berücksichtigenden Miete oder Belastung von mehr als 1580 Deutsche Mark wird für jede weiteren angefangenen 20 Deutsche Mark der nach Anwendung der Nummer 1 sich aus Absatz 1 Spalte 75 ergebende Betrag um einen Steigerungsbetrag nach Absatz 1 Spalte 76 erhöht.
3. Bei einem nach Nummer 1 ermäßigten monatlichen Familieneinkommen von mehr als 5120 Deutsche Mark wird für jede weiteren angefangenen 40 Deutsche Mark der nach Anwendung der Nummern 1 und 2 sich ergebende Betrag um 10 Deutsche Mark vermindert. Wohngeld unter 35 Deutsche Mark wird nicht gewährt."

Artikel 2

Neufassung des Wohngeldgesetzes

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau kann den Wortlaut des Wohngeldgesetzes in der ab 1. Januar 1990 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 1990 in Kraft. Artikel 1 Nr. 3 Buchstaben d und e, Nr. 10 sowie Artikel 2 treten am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) § 8 Abs. 7 Satz 2 des Wohngeldgesetzes in der Fassung des Artikels 1 Nr. 3 Buchstabe e tritt am 1. April 1990 außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I.

Das Wohngeld ist zuletzt durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 11. Juli 1985 (Bundesgesetzblatt I Seite 1318) ab 1. Januar 1986 erhöht worden. Infolge dieser Leistungsverbesserung und einer um 25 v. H. angestiegenen Zahl der Wohngeldempfänger haben sich die Wohngeldausgaben des Bundes und der Länder von zusammen 2,46 Mrd DM (1985) auf 3,73 Mrd. DM (1987) um 51,5 v. H. erhöht; sie sind 1988 nur geringfügig gesunken.

Mit Rücksicht auf diese Erhöhung der Wohngeldausgaben und den seit 1986 im Bundesdurchschnitt geringen Anstieg der Mieten ist gegenwärtig keine allgemeine Anpassung des Wohngeldes vorgesehen.

Erforderlich sind jedoch Verbesserungen für Gemeinden und Kreise mit besonders hohem Mietenniveau in Ballungsgebieten sowie mit überdurchschnittlichen Mietsteigerungen, die eine Höherstufung rechtfertigen. Soweit örtlich das Mietenniveau von Wohnraum der Hauptmieter unter den Wohngeldempfängern mit mindestens 25 v. H. über dem Bundesdurchschnitt liegt, wird deshalb eine zusätzliche Mietstufe VI mit erhöhten zuschufähigen Höchstbeträgen für Miete und Belastung eingerichtet und werden die Anlagen 1 bis 10 zum Wohngeldgesetz (Wohngeldtabellen) entsprechend erweitert (Art. 1 Nr. 3 Buchstaben a und d sowie Nr. 12 bis Nr. 21). Gemeinden und Kreise, die nach

den Ergebnissen der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember 1988 die Voraussetzungen für die Einstufung

- in die Mietenstufe VI oder
- in eine andere höhere Mietenstufe

erfüllen, sollen ab 1. Januar 1990 durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Rechtsverordnung einer höheren Mietenstufe zugeordnet werden (Art. 1 Nr. 10).

Hierdurch werden rd. 90.000 Wohngeldempfänger ein um 10 bis 20 DM monatlich erhöhtes Wohngeld erhalten.

II.

Hervorzuheben sind die folgenden in Art. 1 vorgesehenen weiteren Änderungen des Wohngeldgesetzes:

1. In § 5 Abs. 2 soll der Begriff "Fernheizung" durch "eigenständig gewerbliche Lieferung von Wärme- und Warmwasser" entsprechend einer Änderung der Heizkostenverordnung und der Zweiten Berechnungsverordnung ersetzt werden (Nummer 2).
2. In § 8 Abs. 7 ist eine praxisgerechte Regelung der Berichtspflicht der Bundesregierung vorgesehen (Nummer 3, Buchstabe e).
3. Der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 als Einnahme anrechnungsfrei bleibende Betrag einer Geburtsbeihilfe wird im Anschluß an das Steuerreformgesetz 1990 von 500,-- auf 700,-- DM erhöht (Nummer-4 Buchstabe a, aa).

4. Auf die nach § 25 Abs. 1 bis Abs. 3 auskunftspflichtigen Personen werden im neuen Absatz 4 einschlägige Vorschriften des Ersten Buches Sozialgesetzbuch für entsprechend anwendbar erklärt (Nummer 6. Buchstabe c).
5. In besonders gelagerten Fällen soll nach § 28 Abs. 1 das Wohngeld auch ohne Vollmacht an eine zum Familienhaushalt des Wohngeldberechtigten rechnende Person oder an den Empfänger der Miete gezahlt werden dürfen (Nummer 7).
6. Nach § 30 Abs. 2 soll der Wohngeldanspruch zukünftig u.a. insoweit fortbestehen, als der Mietzuschuß von der Wohngeldstelle auch ohne Vollmacht an den Empfänger der Miete gezahlt wird (Nummer 9; siehe auch vorstehende Nummer 5).

Im übrigen sind fast ausschließlich redaktionelle Änderungen vorgesehen.

Zur gleichmäßigen Rechtsanwendung und um nicht beabsichtigte Wohngeldmehrausgaben zu vermeiden, wird ferner in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum WoGG vorsorglich klargestellt werden, daß wegen bevorstehender Gesetzesänderungen vom Regelbewilligungszeitraum (§ 27 Abs. 1 WoGG) nicht abgewichen oder die Entscheidung über einen Antrag zurückgestellt werden darf.

III.

1. Die Siebente Wohngeldnovelle wird ab dem Jahr der vollen Wirksamkeit (1991) zu Mehrausgaben des Bundes und der Länder in einer Größenordnung von bis zu 20 Mio DM führen. Darin sind die Mehrausgaben aus der Zuordnung von Gemeinden und Kreisen zu höheren Mietenstufen (ca. 11 Mio DM) und anlässlich der Novellierung erstmals in Anspruch genommenem Wohngeld enthalten, ebenso geringfügige Mehrausgaben durch die Änderung des § 14 Abs. 1 Nr. 1.
2. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Änderung des Wohngeldgesetzes

Zu 1. (§ 3 Abs. 1 Nr. 2)

Durch den Klammerzusatz soll klargestellt werden, daß die im neuen § 8 Abs. 2 im Interesse leichter Lesbarkeit verwendete Kurzform "mietähnlich Nutzungsberechtigter" durch § 3 Abs. 1 Nr. 2 als "der Nutzungsberechtigte von Wohnraum bei einem dem Mietverhältnis ähnlichen Nutzungsverhältnis" definiert ist.

Zu 2. (§ 5 Abs. 2)

Die vorgesehene Änderung von Absatz 2 Nr. 2 soll Änderungen der Verordnung über Heizkostenabrechnung (HeizkostenV) und der Zweiten Berechnungsverordnung (II. BV) durch die am 1. März 1989 in Kraft getretene Verordnung zur Änderung energieeinsparrechtlicher Vorschriften vom 19. Januar 1989 (BGBl. I S. 109) Rechnung tragen.

In Absatz 2 Nr. 2 soll deshalb entsprechend dem neu gefaßten § 1 Abs. 1 der HeizkostenV und der neu gefaßten Nummer 4 Buchstabe c und Nummer 5 Buchstabe b der Anlage 3 zu § 27 Abs. 1 der II. BV der Begriff "Fernheizung" durch "eigenständig gewerbliche Lieferung von Wärme und Warmwasser" ersetzt werden.

Die entsprechende Ersetzung der Worte "Lieferung von Fernwärme und Fernwarmwasser" in § 1 Abs. 1 Nr. 2 HeizkostenV ist unter anderem wie folgt begründet worden (vgl. Bundesrats-Drucksache 494/88, S. 21 f).:

"Damit ist jede Art der eigenständig gewerblichen Wärme- und Warmwasserlieferung abgedeckt (einschließlich des gewerblichen Betriebs von Heizzentralen mit Lieferung von Wärme und Warmwasser für die Nutzer eines oder mehrerer Gebäude), ohne Rücksicht darauf, ob sie in Lieferverträgen als Direkt-, Nah- oder Fernwärmelieferung deklariert wird.

In der geltenden Fassung des § 1 Abs. 1 Nr. 2 wird zwar vom Wortlaut her ausschließlich auf Lieferung von Fernwärme und Fernwarmwasser abgestellt; in der Begründung des Regierungsentwurfs der Heizkostenverordnung von 1980

(BR-Drs. 632/80, S. 17) kam jedoch folgende Zielrichtung bereits zum Ausdruck: "Damit sind sowohl herkömmliche Fernwärmeversorgungsunternehmen erfaßt wie auch diejenigen Unternehmen, die es übernommen haben, die Heizungsanlage des Gebäudeeigentümers für diesen im eigenen Namen und für eigene Rechnung zu betreiben." Trotz dieses Hinweises in der Begründung hat es in der Praxis und Rechtsprechung in diesem Bereich Unklarheiten gegeben."

Zu 3. (§ 8)

Zu Buchstabe a)

In der vorgesehenen Neufassung des Absatzes 1 werden für Haushalte bis zu fünf Familienmitgliedern in Gemeinden und Kreisen (vgl. Absatz 4), die der neu einzuführenden Mietenstufe VI zugeordnet werden, systemgerecht erhöhte Höchstbeträge ausgewiesen, bis zu denen die Miete oder Belastung künftig durch Wohngeld bezuschußt wird. Ferner werden für jedes weitere Familienmitglied in der Stufe VI entsprechend erhöhte Mehrbeträge vorgesehen. Der Anwendungsbereich der zusätzlichen Mietenstufe VI wird durch eine Änderung des Absatzes 5 bestimmt (s.u.: Zu Buchstabe d). Die Zuordnung von Gemeinden zur Mietenstufe VI soll durch Rechtsverordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1990 erfolgen (s. u.: Zu 10, 2.)

Zu Buchstabe b)

In die Ermittlung des Mietenniveaus von Gemeinden (Absatz 2) sollen Hauptmietern vergleichbare mietähnlich Nutzungsberechtigte von Wohnraum einbezogen werden. Hierzu rechnen insbesondere Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts, einer Genossenschaftswohnung aufgrund eines genossenschaftlichen Nutzungsverhältnisses und einer Stifts-, Dienst- oder Werkdienstwohnung. Sie werden in der Wohngeldstatistik bereits mit den Hauptmietern zusammen erfaßt. Nicht dazu rechnen insbesondere in Beherbergungsbetrieben (Hotels, Pensionen) untergebrachte Personen, auch wenn sie in diesen Räumen ausnahmsweise aufgrund eines mietähnlichen Nutzungsverhältnisses z.B. als Aussiedler, Obdachlose oder Asylbewerber zu Wohnzwecken untergebracht sind. Diese atypischen Unterbringungsfälle eignen sich insbesondere wegen der von Quadratmetermieten für üblichen Wohnraum zum Teil erheblich abweichenden Nutzungsentgelte nicht zur Bestimmung des örtlichen Mietenniveaus. Sie werden in der Wohngeldstatistik bereits gesondert erfaßt.

Zu Buchstabe c)

Zu aa)

Nach § 8 Abs. 3 Satz 2 - neu - soll künftig bei Feststellung des Mietenniveaus und der Mietenstufen von Gemeinden nur noch Wohnraum von Hauptmietern und "vergleichbar mietähnlich Nutzungsberechtigten" zugrunde gelegt werden (vgl. die Begründung Zu Buchstabe b).

Zu bb)

Die Änderung der Verweisung ist eine Folge der Änderung von § 8 Abs. 3 Satz 1.

Zu Buchstabe d)

Durch eine Änderung des Absatzes 5 soll der Anwendungsbereich der Mietenstufe V in die bisher Gemeinden und Kreise (vgl. Absatz 4) mit Mietenniveaus von "15 vom Hundert und höher" über dem Bundesdurchschnitt von Wohnraum der Hauptmieter unter den Wohngeldempfängern einzustufen waren, auf Mietenniveaus von "15 vom Hundert bis niedriger als 25 vom Hundert" begrenzt werden. Zugleich wird eine VI. Mietenstufe für Gemeinden und Kreise mit einem Mietenniveau von "25 vom Hundert und höher" über dem angegebenen Durchschnitt vorgesehen.

Zu Buchstabe e)

Die Ergebnisse der nach § 35 Abs. 4 jährlich zum 31. Dezember aufzubereitenden Wohngeldstatistik stehen jeweils erst im Herbst des folgenden Jahres zur Verfügung. Wenn nach Wohngeldnovellen Umstellungen der Statistik oder notwendige Plausibilitätsprüfungen zu Verzögerungen führen, kann der Wohngeld- und Mietenbericht zu dem in § 8 Abs. 7 zwingend vorgeschriebenen spätesten Termin ("in jedem zweiten Kalenderjahr") - d.h. also jeweils spätestens zum 31. Dezember - unter Umständen unvollständig und immer nur unter großen, auch durch ausfallende Arbeitstage in der 2. Dezemberhälfte bedingten Schwierigkeiten zeitgerecht erstattet werden. Durch die vorgesehene Neuregelung ("alle 2 Jahre bis zum 31. März") werden diese Schwierigkeiten vermieden (Absatz 7, Satz 1). Der

nächste Bericht wird spätestens zum 31. März 1990 zu erstatten sein (Absatz 7, Satz 2). § 8 Abs. 7 wird zugleich vereinfacht.

Zu 4. (§ 14)

Zu Buchstabe a)

Durch Artikel 1 Nr. 3 d des Steuerreformgesetzes 1990 vom 25.7.1988 (BGBl I S. 1093) wird der Betrag, den der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gemäß § 3 Nr. 15 Einkommensteuergesetz als steuerfreie Geburtsbeihilfe zahlen kann, ab 1. Januar 1990 von 500 Deutsche Mark auf 700 Deutsche Mark erhöht. Dieser Änderung soll durch eine entsprechende Anhebung des bei der Ermittlung des Jahreseinkommens nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 WoGG als Einnahme außer Betracht bleibenden Betrages Rechnung getragen werden.

Zur Anpassung an den geänderten steuerrechtlichen Sprachgebrauch wird in § 14 Abs. 1 Nr. 21 das Wort "Jubiläums-geschenke" durch das Wort "Jubiläumszuwendungen" ersetzt. Die entsprechende, am 1. Januar 1987 in Kraft getretene Änderung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung durch Artikel 1 Nr. 1 der Verordnung vom 23. Oktober 1987 (BGBl. I S. 2325) ist wie folgt begründet worden: "Jubiläumszuwendungen sind regelmäßig arbeitsrechtlich und steuerrechtlich als Gegenleistung für die Leistung des Arbeitnehmers Arbeitslohn, der nicht als Geschenk bezeichnet werden soll" (Bundesrats-Drucksache 319/87, S. 5).

Zu Buchstabe b)

Der Wortlaut des § 14 Abs. 2 wird an die neue Bezeichnung und Paragraphenfolge des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der Fassung von Artikel 1 des Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595) angepaßt.

Zu 5. (§ 15 Abs. 1)

Durch die Neufassung von Absatz 1 wird klargestellt, daß bei der Ermittlung des Jahreseinkommens alleinstehender Kinder ein Betrag in Höhe der diesen Kindern ab 1. Januar 1986 nach §§ 1 Abs. 2 und 14 des Bundeskindergeldgesetzes in der Fassung vom 21. Januar 1986 (BGBl. I S. 22) für sich selbst zustehenden Kindergeldes abzusetzen ist. Nach diesen Vorschriften sind Kinder als alleinstehend anzusehen, wenn nach dem Tod oder der Verschollenheit ihrer leiblichen oder Adoptiveltern niemand die Elternstelle im Sinne des Kindergeldrechts einnimmt und daher auch keine andere Person für dieses Kind Kindergeld beanspruchen kann. Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen rechnen zu den alleinstehenden Kindern zum Beispiel auch Vollwaisen, die zu mehreren in einem gemeinsam geführten Haushalt zusammenleben. Hat ein Kind nach Tod oder Verschollenheit der (Adoptiv-)Eltern an deren Stelle die Geschwister in seinen Haushalt aufgenommen, gilt es weiterhin als alleinstehend; die aufgenommenen Geschwister sind von da an nicht mehr "alleinstehende Kinder". Kindergeld im Sinne des Absatzes 1 ist auch der Zuschlag zum Kindergeld für Berechtigte mit geringem Einkommen nach § 11 a des Bundeskindergeldgesetzes.

Zu 6. (§ 25)

Zu Buchstabe a)

§ 25 Abs. 1 ist durch Artikel II § 25 des Gesetzes vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469, 1498) mit Wirkung vom 1. Januar 1981 aufgehoben worden. In die frei gewordene Stelle rückt der bisherige Absatz 1 a als neuer Absatz 1 ein.

Zu Buchstabe b)

Als Folgeänderung wird in § 25 Abs. 2 die Verweisung auf Absatz 1 a durch die Verweisung auf den neuen Absatz 1 ersetzt; zugleich wird klargestellt, daß die Auskunftspflicht nicht nur Arbeitgeber der in Absatz 1 bezeichneten Personen betrifft, sondern auch den Arbeitgeber des Antragberechtigten.

Zu Buchstabe c)

Durch den neuen Absatz 4 werden auf die nach den Absätzen 1 (neu) bis 3 auskunftspflichtigen Mitglieder des Familienhaushalts und sonstige aufgenommene Personen, auf Unterhaltspflichtige, auf Arbeitgeber dieser Personengruppen und des Antragberechtigten sowie auf Empfänger der Miete die Vorschriften des Ersten Buches Sozialgesetzbuch über Mitwirkungspflichten (§ 60 Abs. 1 SGB I) sowie über die Grenzen der Mitwirkung (§ 65 Abs. 1 und 3 SGB I) für entsprechend anwendbar erklärt und in Anlehnung an § 99 SGB X konkretisiert. Der Anwendungsbereich letzterer Vorschrift ist insbesondere auf das Recht der Sozialversicherung beschränkt.

Zu 7. (§ 28 Abs. 1)

In Satz 2 des neu gefaßten § 28 Abs. 1 wird eine Möglichkeit geschaffen, den nach den Anlagen 1 bis 10 zum WoGG bewilligten Mietzuschuß - ausnahmsweise auch ohne schriftliche Vollmacht - an eine zum Familienhaushalt des Antragberechtigten rechnende Person oder an den Empfänger der Miete zu zahlen. Diese Zahlungsweisen werden nur für den Fall zugelassen, daß dies unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalls, d.h. nach der Zweckbestimmung des Wohngeldes zur wirtschaftlichen Sicherung des Wohnens (§ 1 WoGG), geboten ist. Solche Zahlungen kommen z.B. in Betracht, wenn der Antragberechtigte ohne Hinterlassen einer schriftlichen Vollmacht für längere Zeit abwesend ist oder von vornherein zweifelhaft ist, ob das Wohngeld zur Bezahlung der Miete verwendet wird. Wird das Wohngeld unmittelbar an den Empfänger der Miete gezahlt, ist der Antragberechtigte hiervon im Bewilligungsbescheid oder, bei entsprechender Änderung der Zahlungsweise während laufender Zahlungen, gesondert zu unterrichten (Satz 3).

Eine entsprechende Regelung für die Zahlung von Lastenzuschüssen ist insbesondere deshalb nicht vorgesehen, weil Kreditgeber ihre Zins- und Tilgungsansprüche in aller Regel an dem Grundstück dinglich gesichert haben und die Wohngeldstellen nicht gehalten sein sollen, etwa die Rangfolge dinglicher Rechte zu prüfen.

Zu 8. (§ 29 Abs. 2 Satz 3)

Die in § 29 Abs. 2 Satz 3 enthaltene Antragsfrist für Fälle der rückwirkenden Erhöhung der Miete oder Belastung wird für den Vollzug durch Bezugnahme auf einen Kalendermonat und

durch eine Verkürzung von bisher 3 auf durchschnittlich 1 ½ Monate, einem nach bisherigen Erfahrungen ausreichenden Zeitraum, vereinfacht. Die Antragsfrist soll künftig mindestens einen vollen Kalendermonat nach Kenntnis von der rückwirkenden Erhöhung der Miete oder Belastung betragen.

Zu 9. (§ 30 Abs. 2)

1. Nach dem neu gefaßten § 30 Abs. 2 Satz 1 soll der Wohngeldanspruch nur noch grundsätzlich von dem folgenden Zahlungsabschnitt an entfallen, wenn bewilligtes Wohngeld nicht zur Bezahlung der Miete oder zur Aufbringung der Belastung verwendet worden ist. Im eingefügten neuen Satz 2 ist nunmehr vorgesehen, daß der Anspruch auf einen Mietzuschuß nur bis zu dem Zahlungsabschnitt entfällt, von dem an die zuständige Stelle diese Sozialleistung unmittelbar an den Empfänger der Miete zahlt (s.o. Zu 7.). Hierdurch soll für den Vermieter der Mietausfall begrenzt, zugleich aber auch die Zulässigkeit einer Kündigung des Mietvertrages wegen Zahlungsverzugs (§ 554 BGB) gegebenenfalls hinausgezögert und damit das Wohnen des Mieters gemäß der Zweckbestimmung des Wohngeldes (§ 1 WoGG) besser gesichert werden als bei völligem Wegfall des Wohngeldanspruchs für den Rest des Bewilligungszeitraums.
2. Nach dem bisherigen Satz 2 ist der Wegfall des Wohngeldanspruchs unter anderem ausgeschlossen, wenn das Wohngeld deswegen nicht zweckentsprechend verwendet wird, weil über den Anspruch von dritter Seite nach den §§ 51 ff SGB I z. B. durch Aufrechnung oder Pfändung verfügt worden ist.

Durch den bisherigen Satz 2 wird darüberhinaus der Wegfall des Wohngeldanspruchs auch ausgeschlossen, wenn der Wohngeldberechtigte seinen Anspruch selbst nach §§ 1280 ff. BGB verpfändet hat. Führt die Verpfändung dazu, daß das Wohngeld nicht mehr zur Bezahlung der Miete oder zur Aufbringung der Belastung verwendet werden kann, so hat dies der Wohngeldberechtigte zu vertreten. In einem solchen Fall ist es nicht gerechtfertigt, ihn von der in Satz 1 geregelten Rechtsfolge freizustellen. Im neuen Satz 3 soll deshalb das Wort "Verpfändung" gestrichen werden.

Zu 10. (§ 36)

1. Durch die Neufassung des § 36 wird der bisher einzige Absatz zum Absatz 1. Dort wird der Nummer 1 ein Buchstabe c) angefügt und die Bundesregierung wieder ermächtigt, Durchführungsvorschriften über die Einkommensermittlung zu erlassen. Eine schon im Gesetz über Wohnbeihilfen (1963) enthaltene, in das Wohngeldgesetz (1965) übernommene und zuletzt in § 36 Nr. 3 WoGG (Fassung vom 27.12.1982, BGBl. I S. 1921) aufgeführte Verordnungsermächtigung ist durch Artikel 1 Nr. 8 der 6. Wohngeldnovelle mit Wirkung vom 18. Juli 1985 aufgehoben worden, weil von ihr kein Gebrauch gemacht worden war und auch ein Bedürfnis für eine Rechtsverordnung im Hinblick auf die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wohngeldgesetz (WoGVwV) enthaltenen notwendigen Hinweise nicht zu erkennen war (vgl. Drucksache 10/3162, S. 118).

Seither ist eine Reihe von Fragen der Einkommensermittlung streitig geworden, wie

- die Nichtzulassung eines Verlustausgleichs zwischen verschiedenen Mitgliedern des Familienhaushalts (Teil A Nr. 9.12 WoGVwV) oder zwischen verschiedenen Einkunftsarten desselben zum Familienhaushalt rechnenden Familienmitgliedes (Teil A Nr. 11.24 WoGVwV)
- die Einkommensermittlung bei nichtbuchführungspflichtigen Landwirten (Teil A Nr. 11.25 Abs. 2 Buchstabe b WoGVwV),
- die analoge Anwendung von § 7 Abs. 1 WoGV (Miete für Wohnraumnutzung in Heimen) auf die Bemessung der nach § 14 Abs. 1 Nr. 18 WoGG als Einnahme außer Betracht bleibenden Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Im letzteren Fall hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 12. Februar 1988 (8 C 101.86) betont darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung von der in § 36 Nr. 3 WoGG (Fassung vom 21.9.1980) vorgesehenen "Verordnungsermächtigung, die im Interesse der Verwaltungspraktikabilität pauschalisierte Regelungen ermöglicht hätte, ... indes keinen Gebrauch gemacht" hat und eine bislang praktizierte Analogie abgelehnt.

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Durchführung des WoGG auf gesicherter Rechtsgrundlage ist die Wiedereinführung der Verordnungsermächtigung und der Erlass einer Verordnung über die Einkommensermittlung in angemessener Frist sowie unter Berücksichtigung noch ausstehender Gerichtsentscheidungen angezeigt.

2. a) Der neue Absatz 2 enthält eine spezielle Verordnungsermächtigung für die Höherstufung von Gemeinden mit mindestens 20.000 Einwohnern und von kleineren,

nach Kreisen zusammengefaßten Gemeinden (vgl. § 8 Abs. 4 WoGG) mit Wirkung vom 1. Januar 1990. Sie ist erforderlich, weil die vorgesehene Regelung durch die in § 36 Nr. 2 WoGG - künftig § 36 Abs. 1 Nr. 2 (s.o. 1.) - enthaltene, auf die Vorschrift des § 8 Abs. 1 bis 5 WoGG verweisende Verordnungsermächtigung nicht erfaßt wird.

Nach § 8 Abs. 3 Satz 2 WoGG ist die Mietenstufe der Gemeinden und Kreise jeweils bei "einer Anpassung der Höchstbeträge nach Absatz 1" neu festzulegen. Die Hinzufügung einer VI. Mietenstufe in § 8 Abs. 1 WoGG bei im übrigen betragsmäßig unveränderten Höchstbeträgen für die bisherigen Mietenstufen I bis V stellt keine Anpassung im Sinne der angeführten Vorschrift dar. Ferner ist auch eine nach § 8 Abs. 3 WoGG gegebenenfalls gebotene Einstufung von Gemeinden in eine niedrigere Mietenstufe nicht vorgesehen.

- b) Die Höherstufung kommt - bei Vorliegen der Voraussetzungen - für Gemeinden und Kreise in Betracht, die in der Anlage (Zu § 1 Abs. 3) der Verordnung vom 22. Oktober 1985 (BGBl. I S. 2009) aufgeführt worden sind. Diese Anlage ist unverändert in die Neufassung der Wohngeldverordnung vom 25. Mai 1988 (BGBl. I S. 647) übernommen worden. In der Anlage sind Gemeinden, die am 30. Juni 1984 mindestens 20.000 Einwohner hatten, jeweils gesondert der zutreffenden Mietenstufe zugeordnet worden. Haben Gemeinden erst nach dem 30. Juni 1984 mindestens 20.000 Einwohner erreicht oder ist die Einwohnerzahl seither unter 20.000 abgesunken, wird diese Änderung bei der nächsten allgemeinen Anpassung der Höchstbeträge nach

§ 8 Abs. 1 WoGG zu berücksichtigen sein, mit entsprechenden Folgen für das Mietenniveau des jeweils betroffenen Kreises.

- c) Die Höherstufung der Gemeinden und Kreise soll auf der Grundlage der Ergebnisse der Wohngeldstatistik (§ 35) zum 31. Dezember 1988 stattfinden. Diese Ergebnisse werden im Herbst 1989 zur Verfügung stehen. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1987 wären in die neue Mietenstufe VI insgesamt 8 Gemeinden und Kreise einzustufen, davon 6 mit der Landeshauptstadt und dem Landkreis München in Bayern, ferner Frankfurt/Main und Wedel bei Hamburg. Weitere 58 Gemeinden und Kreise in 7 Ländern, darunter z.B. Stuttgart, wären jeweils in eine andere höhere Mietenstufe einzustufen. Danach werden im Laufe des Jahres 1990 rund 90.000 Haushalte ein höheres Wohngeld erhalten.

Zu 11. (§ 38 Satz 1)

Die Änderung der Verweisung auf § 8 dient der klarstellenden Anpassung an diese durch die 6. Wohngeldnovelle zum 1. Januar 1986 geänderte Vorschrift.

Zu 12. bis 21. (Anlagen 1 bis 10)

Wegen der vorgesehenen Einführung einer VI. Mietenstufe mit, im Vergleich zur bisherigen V. Mietenstufe, höheren Höchstbeträgen sind die Anlagen 1 bis 10

- in den Vorspalten um Angaben zur Höhe des wohngeldrechtlich maßgebenden Einkommens und ferner

- um Spalten über die Höhe der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung mit den zugehörigen Wohngeldbeträgen zu ergänzen.

In Absatz 2 der Anlage 10 sind ferner die dort bisher angegebenen Beträge anzupassen.

Zu Artikel 2

Neufassung des Wohngeldgesetzes

Wegen der zahlreichen Änderungen ist eine Neubekanntmachung des Wohngeldgesetzes erforderlich.

Zu Artikel 3

Berlin-Klausel

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Nach Absatz 1 Satz 1 soll das Gesetz vorbehaltlich der in Satz 2 getroffenen Regelung am 1. Januar 1990 in Kraft treten, damit die beteiligten Verwaltungen eine angemessene Zeit für die erforderlichen Umstellungen zur Verfügung haben. Bereits am Tage nach der Verkündung des Gesetzes sollen nach Satz 2 in Kraft treten die
 - Abgrenzung der VI. Mietenstufe (Artikel 1 Nr. 3, Buchstabe d, § 8 Abs. 5),
 - Neuregelung der Berichtspflicht (Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe e, § 8 Abs. 7),

- Verordnungsermächtigungen (Artikel 1 Nr. 10, § 36) und die
- Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Wohngeldgesetzes (Artikel 2).

2. Die im neu gefaßten § 8 Abs. 7 Satz 2 WoGG getroffene Übergangsregelung für die Vorlage des nächsten Wohngeld- und Mietenberichts bis zum 31. März 1990 wird mit Ablauf dieses Tages gegenstandslos und soll deshalb nach Absatz 2 am 1. April 1990 außer Kraft treten.

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes

Der Bundesrat hat in seiner 602. Sitzung am 30. Juni 1989 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 1 (§ 4)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob nicht im Wohngeldgesetz eine Regelung vorzusehen ist, die für Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften oder zumindest für eheähnliche Gemeinschaften eine Wohngeldgewährung (Antragsrecht, Personenzahl, Einkommensermittlung, Höhe des Wohngeldes) wie bei einer entsprechend großen Familie zuläßt.

(noch Ziffer 1)

Begründung:

Die Regelungen, um deren Prüfung gebeten wird, dienen der von den Wohngeldbewilligungsstellen immer wieder geforderten Verwaltungsvereinfachung. Nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Wohngeldgesetzes dürfen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften nicht besser gestellt werden als ein Familienhaushalt entsprechender Größe. Schlechterstellungen sind von ihnen hinzunehmen. Sie treten vornehmlich dann ein, wenn nicht alle ihre Mitglieder antragsberechtigt sind. Durch die somit erforderlichen Einzel- und Vergleichsberechnungen entsteht ein erheblicher Verwaltungsaufwand, der zusätzlich durch die notwendigen Sachverhaltsaufklärungen zum Vorliegen einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft verstärkt wird. Allein aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird es daher für dringend erforderlich gehalten, daß in diesen Fällen die Berechnung und Bewilligung des Wohngeldanspruchs wie bei einer Familie entsprechender Größe vorgenommen wird. Dadurch entfallen die Vergleichsberechnungen, auch das Bestehen einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft wird eher zugegeben werden, weil die Schlechterstellung entfällt.

(noch Ziffer 1)

Im Prinzip folgen beide Alternativen der Regelung des § 122 des Bundessozialhilfegesetzes sowie des § 137 Abs. 2 a des Arbeitsförderungsgesetzes, die bereits zu einer Leistungsberechnung wie bei einer entsprechend großen Familie führen. Beide Vorschriften beschränken ihren Anwendungsbereich jedoch auf eheähnliche Gemeinschaften; Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften sind von diesem Anwendungsbereich nicht berührt. Für den Fall, daß eine Regelung für Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften in Anbetracht der demgegenüber eingeschränkten Inhalte im BSHG sowie im AFG als zu weitgehend angesehen werden sollte, könnte mit einer Beschränkung auf eheähnliche Gemeinschaften solchen Bedenken Rechnung getragen werden.

2. Zu Artikel 1 Nr. 5 (§ 15)

In Artikel 1 Nr. 5 sind in § 15 Abs. 1 die Worte
"Beträge in Höhe des Kindergeldes"
durch die Worte
"Beträge in Höhe des gesetzlichen Kindergeldes"
zu ersetzen.

Begründung:

Die Ergänzung stellt klar, daß bei der Einkommensermittlung Kindergeld in der Höhe der gesetzlichen Beträge nach dem Bundeskindergeldgesetz, nicht aber der in Einzelfällen davon abweichende tatsächlich gezahlte Betrag abzusetzen ist. Derartige Abweichungen treten auf, wenn

- ein Sozialleistungsträger für ein auf seine Kosten untergebrachtes Kind einen Erstattungsanspruch geltend macht, den die Kindergeldkasse durch anteilige Abzweigungen (Gesamtkindergeld geteilt durch die Anzahl der Kinder) befriedigt,
- Kinderzuschüsse aus der gesetzlichen Rentenversicherung, **für die ebenfalls** der Freibetrag zu gewähren ist, den Betrag des gesetzlichen Kindergeldes überschreiten.

3. Zu Artikel 1 Nr. 6 (§ 25)

In Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe c ist § 25 Abs. 4 wie folgt zu fassen:

"(4) Auf die nach Absatz 1 bis 3 Auskunftspflichtigen sind § 60 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 sowie § 65 Abs. 1 und 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden. Kommen sie ihrer Auskunftspflicht nicht nach, so können §§ 66 und 67 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend angewandt werden."

Begründung:

Die inhaltliche Eingrenzung der Auskunftspflicht auf § 60 Abs. 1 Nr. 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch dient dazu, insbesondere Arbeitgeber und Vermieter der Verpflichtung zu entheben, der Wohngeldstelle über jede Änderung in den Verhältnissen, zu denen sie Auskunft gegeben haben, Veränderungsmitteilung machen zu müssen; im Regelfall wäre eine solche Mitteilung gemäß § 30 Abs. 4 des Wohngeldgesetzes ohne Einfluß auf die Wohngeldzahlung. Im Interesse der Vereinfachung des Verwaltungsvollzuges sollen die Wohngeldstellen die Möglichkeit erhalten, einen Wohngeldantrag aus formalen Gründen ablehnen zu dürfen, andernfalls wären sie gezwungen, ihr Auskunftsrecht im Wege des Verwaltungszwanges durchzusetzen.

4. Zu Artikel 1 Nr. 9 (§ 30)

In Artikel 1 ist Nummer 9 wie folgt zu fassen:

'9. § 30 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

"(1) Wird der Wohnraum, für den Wohngeld bewilligt ist, vor Ablauf des Bewilligungszeitraums von keinem zum Haushalt rechnenden Familienmitglied mehr benutzt, so entfällt der Anspruch unbeschadet des Satzes 2 von dem folgenden Zahlungsabschnitt an. Für die Zahlungsabschnitte bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums, in denen der Wohngeldempfänger neuen Wohnraum als Antragberechtigter benutzt, entfällt der Anspruch nur, soweit für den neuen Wohnraum Wohngeld nicht oder nur in geringerer Höhe gewährt worden wäre."

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

"(2) Wird das ... (wie Gesetzentwurf)."

Begründung:

Nach dem geltenden § 30 Abs. 1 entfällt der Wohngeldanspruch, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld bewilligt ist, vor Ablauf des Bewilligungszeitraums von allen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern nicht mehr benutzt wird, von dem auf den Auszug folgenden Zahlungsabschnitt (vgl. § 28 Abs. 2) an. Schon auf dem Antragvordruck für die Gewährung von Wohngeld muß der Antragberechtigte deshalb und im Hinblick auf seine Mitwirkungspflichten nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I unterschriftlich bestätigen, ihm sei bekannt, daß er einen Auszug des gesamten Familienhaushalts unverzüglich anzuzeigen habe.

(noch Ziffer 4)

Diese Anzeige wird dennoch immer wieder unterlassen. In diesen Fällen erfährt die Wohngeldstelle im allgemeinen erst durch einen Wiederholungsantrag, daß der Antragberechtigte (mit seinem Familienhaushalt) zwischenzeitlich umgezogen und seiner gesetzlich vorgeschriebenen Mitteilungspflicht trotz Belehrung, somit in aller Regel grob fahrlässig, nicht nachgekommen ist. Nach der Sollvorschrift des § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 (ggf. auch Nr. 4) SGB X ist die Wohngeldstelle grundsätzlich gehalten, den Bewilligungsbescheid von dem auf den Umzug folgenden Monat an aufzuheben und das überzahlte Wohngeld zurückzufordern (§ 50 SGB X). Für die bezogene neue Wohnung kann Wohngeld jedoch erst vom Ersten des Monats an bewilligt werden, in dem der Antrag gestellt worden ist (§ 27 Abs. 2 Satz 1 WoGG); der Antrag ist formelle und materielle Anspruchsvoraussetzung (vgl. § 1 WoGG und Teil A Nr. 1.02 Satz 2 WoGVwV).

Diese rechtlichen Gegebenheiten führen, wenn der Antrag für die neue Wohnung verspätet gestellt wird, zu unbefriedigenden Ergebnissen und bei strengem Vollzug zu Härten. Im Einzelfall versucht die Rechtsprechung durch Auslegungen zu helfen, aus Gründen der "praktischen Rechtsanwendung" wird auch auf die rückwirkende Aufhebung des Wohngeldgescheides ganz verzichtet oder die Aufhebung auf einen etwaigen Differenzbetrag zwischen dem Wohngeld für die ursprüngliche Familienwohnung und einem geringeren Wohngeld für die neue Wohnung beschränkt, das für die neue Wohnung zugestanden hätte, wenn der Wohngeldantrag bereits im Monat des Einzugs gestellt worden wäre.

Die Problematik der Rechtsauslegung und der Rechtsanwendung in der Praxis soll durch die vorgesehene Änderung des § 30 Abs. 1 WoGG beseitigt werden. Nach dem neuen Satz 1 erlischt der Wohngeldanspruch nach Auszug des Familienhaushalts nur "unbeschadet des Satzes 2". Im neuen Satz 2 wird bestimmt, daß der Anspruch auf das für die aufgegebene Familienwohnung bewilligte Wohngeld nur insoweit entfällt, als für die neue Wohnung Wohngeld nicht oder nur in geringerer Höhe gewährt worden wäre.

(noch Ziffer 4)

Diese Regelung gilt nur für die "Zwischenzeit", d.h. für die Zeit bis zum Einsetzen des Wohngeldes für die neue Wohnung. Wohngeld kann nicht gleichzeitig für 2 Wohnungen gewährt werden (§ 18 Abs. 1 Nr. 2). Auch in den Anwendungsfällen des Satzes 2 endet der Anspruch auf Wohngeld für die aufgegebene Wohnung mit Auslaufen des in der Regel 12 Monate betragenden Bewilligungszeitraums.

Im Hinblick auf die bisherige Praxis der Wohngeldbehörden wird die Neufassung von § 30 Abs. 1 keine, allenfalls nicht bezifferbare unerhebliche Mehraufwendungen verursachen.

5. Zu Artikel 1 Nr. 10 (§ 36)

In Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe b ist in § 36 Abs. 1
Nr. 1 der Buchstabe c wie folgt zu fassen:

"c) die Einkommensermittlung (§§ 9 bis 17); hierbei
dürfen pauschalierende Regelungen getroffen
werden, wenn dies der Verwaltungsvereinfachung
dient".

Begründung:

Die vorgeschlagene Ergänzung
dient der Rechtssicherheit.
Nach Artikel 80 Abs. 1 GG sind
Verordnungsermächtigungen nach
Inhalt, Zweck und Ausmaß zu be-
stimmen. Deshalb sollte deutlich
gemacht werden, daß durch die
Verordnung nicht nur das Ver-
waltungsverfahren geregelt wird,
sondern auch pauschalierende
Regelungen zulässig sind, die den
Wohngeldempfänger im Einzelfall
schlechter stellen **könnten**.

6. Zu Artikel 1 Nr. 10 (§ 36)

In Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe c ist in § 36 Abs. 2 folgender Satz anzufügen:

"Für Gemeinden, die am 30. Juni 1988 wenigstens 20.000 Einwohner hatten und in der in Satz 1 genannten Anlage nicht gesondert aufgeführt sind, gilt Satz 1 entsprechend."

Begründung:

Die Ermächtigung in Artikel 1 Nr. 10 Buchstabe c betrifft lediglich die Gemeinden, die in der Anlage (zu § 1 Abs. 3 WoGV) gesondert aufgeführt sind, weil sie am 30. Juni 1984 (vgl. § 8 Abs. 4 Satz 2 WoGG) mindestens 20.000 Einwohner hatten. Soweit Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl

- nach Kreisen zusammengefaßt wurden (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 WoGG),
 - am 30. Juni 1988 jedoch die Einwohnerzahl von 20.000 erreicht oder überschritten sowie
 - am 31. Dezember 1988 über ein Mietenniveau verfügt haben, das die Zuordnung zu einer höheren Mietenstufe rechtfertigt,
- sind sie mit dieser Mietenstufe in der Anlage (zu § 1 Abs. 3 WoGV) nach dem anzufügenden Satz 2 nunmehr gleichfalls gesondert auszuweisen.

7. Zum Gesetzentwurf im ganzen

Die Bundesregierung wird gebeten, alsbald gesetzliche Regelungen zur Änderung des Wohngeldgesetzes vorzuschlagen, die insbesondere

- a) Regelungen zur Pauschalierung des Wohngeldes für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge enthalten und
- b) das Wohngeld an die Entwicklung der Mieten und Einkommen anpassen.

Begründung:

Zu a:

Wohngeld an Empfänger laufender Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) - beides nachstehend als "Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge" bezeichnet - wird derzeit wie folgt gewährt:

Wer Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge beantragt, ist nach dem Nachranggrundsatz (andere Sozialleistungen müssen vorrangig in Anspruch genommen werden, wenn Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge beansprucht wird) gehalten, Wohngeld zu beantragen. Das bewilligte Wohngeld führt aber nicht zu entsprechenden Mehreinnahmen des Hilfesuchenden, sondern wird von der Wohngeldstelle an den Träger der Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge erstattet bzw. von diesem auf die Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorgem angerechnet.

Dieses Verfahren, das daneben von den Wohngeldstellen eine dezidierte Ermittlung sowohl der Einkommensverhältnisse als auch der Höhe der Miete des Sozialhilfeempfängers fordert, wird seit langem als zu verwaltungsaufwendig und für den Hilfesuchenden unbefriedigend kritisiert.

(noch Ziffer 7)

Eine im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß die Verringerung des für den "Finanzausgleich" zwischen den beteiligten Leistungsträgern insgesamt erforderlichen Verwaltungsaufwandes durch Maßnahmen der Verwaltungsorganisation allein nicht möglich ist. Durch organisatorische Maßnahmen läßt sich zwar eine Entlastung des Hilfebedürftigen erreichen, dies ist aber mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand für die Träger der Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge verbunden.

Sowohl der Deutsche Bundestag (bei der Beratung des Wohngeld- und Mietenberichts 1987 am 9.6.88) als auch die für das Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (auf der Ministerkonferenz der ARGEBAU am 5.4.89) haben gefordert, daß die Bundesregierung schon bald einen Gesetzentwurf zur Pauschalierung des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger vorlegt. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der dann zu erwartenden Verwaltungsvereinfachung und **-einsparung** sowie eines bürgerfreundlichen Abbaus der Regelungsdichte im Sozialleistungsbereich ist eine gesetzliche Neuregelung des Verfahrens dringend geboten.

Zu b:

Der Zweck des Wohngeldes - die wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens - bleibt nur dann gewahrt, wenn seine Höhe, die sich nach Miete, Familieneinkommen und Anzahl der Familienmitglieder richtet, rechtzeitig an die veränderten Mieten und Einkommensverhältnisse **angepaßt** wird. Die geltenden Höchstmietbeträge, die Einkommensgrenzen und die Beträge in den Wohngeldtabellen sind seit dem 1.1.1986 unverändert.

Insbesondere die durch die angespannte Lage auf dem Mietwohnungsmarkt seit ca. einem Jahr stark ansteigenden Mieten erfordern eine baldige Anpassung des Wohngeldes an diese Entwicklung, zumal der Mietenindex weiterhin oberhalb des Preisindex liegt. Eine entsprechende Forderung hat auch die Ministerkonferenz der ARGEBAU am 5.4.89 erhoben.

8. Zum Gesetzentwurf im ganzen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der nächsten Novellierung des Wohngeldgesetzes eine Regelung einzuführen, die bei der wohngeldrechtlichen Einkommensermittlung einen besonderen Freibetrag für Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 100 vorsieht.

Begründung

Mit Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 ist auch die sogenannte Doppelzählung Schwerbehinderter nach dem § 8 Abs. 2 des Wohngeldgesetzes in der bis zum 1.3.83 geltenden Fassung entfallen. Nach der Gesetzesbegründung ließ sich statistisch nicht belegen, daß Schwerbehinderten infolge ihrer Behinderung durchschnittlich höhere Wohnkosten entstehen als den übrigen Haushalten. Gerade bei den Schwerbehinderten, die aber tatsächlich einen höheren Raumbedarf und damit auch höhere Wohnkosten haben, greift die Entlastungswirkung des Wohngeldes danach nicht mehr im wünschenswertem Umfang. Dies trifft allgemein auf Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 100 zu. Dem höheren Wohnraumbedarf dieses Personenkreises sollte durch Einführung eines entsprechenden Freibetrages Rechnung getragen werden.